

## **Antrag**

**der Abgeordneten Katherina Reiche, Dr. Maria Böhmer, Thomas Rachel, Dr. Christoph Bergner, Helge Braun, Vera Dominke, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Helmut Heiderich, Volker Kauder, Michael Kretschmer, Werner Lensing, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Laurenz Meyer (Hamm), Bernward Müller (Gera), Dr. Norbert Röttgen, Uwe Schummer, Marion Seib und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Forschungs- und Innovationsförderung für die Arbeitsplätze der Zukunft**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine Volkswirtschaft muss ihre Kraft dort konzentrieren, wo sie wettbewerbsfähig ist. Für Deutschland als Hochlohnland und als Land hochwertiger Infrastruktur sind dies innovative Bereiche mit hoher Wertschöpfung. Dies setzt einen hohen Leistungsstand bei Forschung und Entwicklung sowie der Anwendung und Weiterentwicklung moderner Technologien voraus.

Deutschland hat alle Voraussetzungen, technologische Spitzenleistungen in der wissensbasierten Wirtschaft zu erbringen. Wir haben eine solide Hochschul- und Forschungslandschaft und innovative Unternehmen. Insbesondere ist der forschende Mittelstand ein wichtiger Innovationstreiber. Kleinere und mittlere Unternehmen, die neue Produkte und Dienstleistungen auf den Markt bringen, spielen für die technologische Leistungsfähigkeit und die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze eine Schlüsselrolle.

Doch gibt es bedenkliche Warnsignale. Der Innovationsstandort Deutschland hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich weiterentwickelt. Die Bundesregierung hat nach eigenen Angaben die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in den vergangenen Jahren real gesenkt: –1,6 Prozent 2002, –0,7 Prozent 2003, –3,4 Prozent 2004. Die Forschungsausgaben der Wirtschaft stagnieren. Nach den jüngsten Erhebungen des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft sind sie 2004 um 1,7 Prozent zurückgegangen, 2005 ist allenfalls ein leichtes Plus von rund 2,4 Prozent zu erwarten. Diese Entwicklung ist im internationalen Vergleich unbefriedigend. Das Forschungs- und Innovationsgeschehen ist in anderen Ländern erheblich dynamischer, es gibt eine innovationsfreundlichere Gesetzgebung und mehr Venture-Capital. Im Ergebnis verlagern deutsche Firmen nach der Produktion auch Teile ihrer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ins Ausland. Nach einer Erhebung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) haben 15 Prozent von 1 600 befragten Unternehmen dies schon getan, weitere 17 Prozent planen die Verlagerung von Forschungsaktivitäten in den nächsten drei Jahren.

Auf zentralen Feldern der Innovation muss unser Land wieder eine internationale Führungsrolle übernehmen. In Deutschland müssen wieder mehr Produkte und Dienstleistungen entwickelt und angeboten werden, die andere Länder

nicht in gleicher Spitzenqualität entwickeln, produzieren und vermarkten können. Nur dann haben wir auf mittlere Sicht eine Chance auf weiterhin hohe Einkommen, gesicherte Beschäftigung und einen hohen Standard der sozialen Sicherung.

Wir brauchen veränderte Bedingungen, unter denen es in einer breit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik getragenen Allianz gelingt, die Fähigkeit unseres Landes zu technologischen Spitzenleistungen zu erhalten oder zurückzugewinnen.

In den wichtigsten Feldern der Wertschöpfung müssen wir mit Innovationen nach vorne kommen. Dazu gehört der Bereich Verkehr. Der Automobilbau ist die technologische Bastion Deutschlands schlechthin. Mehr als ein Drittel der FuE-Aufwendungen (FuE: Forschung und Entwicklung) der Wirtschaft entfallen auf die Automobilindustrie. Zudem gilt es, den sich weltweit verschärfenden Zielkonflikt zwischen dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen, den Erfordernissen des Umweltschutzes und den Anforderungen an den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur aufzulösen. Diese Herausforderung bietet Deutschland die Chance, sich zum Weltmarktführer bei der Entwicklung und Vermarktung nachhaltiger Systeme der Verkehrslogistik zu entwickeln.

Dasselbe gilt für den Energiesektor. Eine wettbewerbsfähige, preisgünstige, versorgungssichere und umweltfreundliche Energieversorgung ist Grundlage unserer Wirtschaftsentwicklung und von erheblicher Bedeutung für unsere Standortqualität. Deutschland muss in der modernen Kraftwerksentwicklung weiterhin einen Spitzenplatz einnehmen und in der Lage sein, längerfristig CO<sub>2</sub>-ärmere Kohle- und Gaskraftwerke zu bauen und zu betreiben. Ebenso darf es sein Know-how in der Kerntechnik, insbesondere seine führende Rolle in der Sicherheitstechnologie, nicht verspielen. Deutschland muss ebenso in der Lage sein, neue Energietechnologien, einschließlich der Wasserstofftechnologie, zu erforschen und zu entwickeln.

Innovative Produkte sind ohne innovative Fertigungstechniken nicht denkbar. Dem Maschinen- und Anlagenbau, der Elektrotechnik und der Informationstechnologie sowie der Materialverarbeitung kommen zusammen mit modernsten Fertigungsmethoden höchste Bedeutung für ein wertschöpfungsintensives Wirtschaften zu.

Vieles deutet darauf hin, dass die Biotechnologie die Basistechnologie des nächsten Kondratieffs (langer Innovationszyklus der Wirtschaft) ist. Nach dem BioRegio-Wettbewerb Ende der 90er Jahre haben sich über 300 Biotechnologie-Unternehmen gegründet. Diese befinden sich derzeit in der Konsolidierungsphase, nur wenige haben Produkte in der Nähe der Marktreife. Die Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass sie gestärkt daraus hervorgehen und ihr Potenzial in Markterfolge umsetzen können.

Der Gesundheitssektor ist gerade in einer Gesellschaft, in der die Menschen ihrer Gesundheit und ihrem Wohlergehen immer größeren Stellenwert einräumen, eine der wichtigsten Wachstumsmärkte. Insbesondere werden wir die Herausforderungen des demographischen Wandels zur alternden Gesellschaft nur mit verstärkter Gesundheitsforschung bestehen. Deutschland ist zwar nicht mehr die „Apotheke der Welt“, hat aber immer noch eine starke Position und das Potenzial zum „Kompetenzzentrum für Gesundheit“ zu werden. In der Medizintechnik nimmt Deutschland einen internationalen Spitzenplatz ein.

Informations- und Kommunikationstechnologien sind die Schlüsseltechnologien der Wissensgesellschaft. Sie haben das Potenzial neue Industriezweige mit innovativen Produkten über ein weites Spektrum von Branchen hinweg zu generieren. Dies setzt eine enge Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft voraus.

Weltweit kommt modernen Sicherheitstechnologien immer stärkere Bedeutung zu. Nicht zuletzt der 11. September 2001 hat unser Bewusstsein für die Gefährdung durch Terrorismus und Anschläge geschärft. Besonders gefährdet sind die Infrastrukturnetze für Verkehr und Kommunikation. Innovative Schutzmaßnahmen sind daher von hoher Bedeutung. Durch die Verknüpfung ziviler und militärischer Entwicklungsanstrengungen können entscheidende Impulse sowohl für die Garantie der inneren und äußeren Sicherheit wie auch für die Wertschöpfung unserer Volkswirtschaft gegeben werden.

Luft- und Raumfahrt gehören zu den Sektoren, in denen Deutschland seine technologische Kompetenz, wirtschaftliche Effizienz, wissenschaftliche Exzellenz und Wettbewerbsfähigkeit weltweit unter Beweis gestellt hat. Die Sicherung dieser Kompetenzen und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie ist zwingend Bestandteil einer nachhaltigen Innovationspolitik.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Biotechnologie in all ihren Bereichen (grüne, rote und weiße Biotechnologie) zu fördern und durch eine forschungs- und innovationsfreundliche Novellierung des Gentechnikgesetzes die Blockade der grünen Gentechnik zu beenden. Auch die Forschung mit menschlichen Stammzellen ist in den rechtlichen Grenzen, die vom Deutschen Bundestag festgelegt wurden, zu unterstützen;
2. die Gesundheitsforschung zu verstärken, insbesondere in der Epidemiologie, in der Prävention und als Grundlage für die Entwicklung neuer Medikamente und Therapien. Sie muss auch auf die Herausforderungen der alternden Gesellschaft ausgerichtet werden. Die Rahmenbedingungen für die beteiligten Branchen, insbesondere Biotechnologie und Pharma, sind ebenso zu verbessern wie für die Durchführung klinischer Forschungen in Deutschland;
3. die führende Position in der Medizintechnik durch eine kontinuierliche Förderpolitik, insbesondere der medizinischen Kompetenznetzwerke, und enge Vernetzung der beteiligten Forschungsbereiche Bildgebung, Materialforschung, Mess-, Steuer- und Regeltechnik, Optik sowie der klinischen Forschung zu sichern;
4. neue Forschungen auf dem Gebiet der Informatik und Informationstechnik und ihre Diffusion in Wirtschaft und Gesellschaft hinein voranzutreiben. Dabei muss Licht als Informationsträger der Zukunft berücksichtigt werden. Forschungsergebnisse müssen rasch in praktische Lösungen und Produkte umgesetzt werden. Die Schaffung internationaler Standards unter Mitwirkung von Wirtschaft und Wissenschaft ist erforderlich. Breitbandige Leitungen wie eGovernment, eHealth und eLearning müssen zu Innovationstreibern der Informationstechnik werden. Wichtig ist nach wie vor auch eine Infrastrukturentwicklung im Breitband-Bereich;
5. der Forschung und Entwicklung für ein intelligenteres Produzieren und den Materialwissenschaften höchste Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere gilt es, die optischen Technologien und die Nanotechnologie zu fördern, denn sie gehören zu den bedeutendsten Querschnittstechnologien mit großer Hebelwirkung im Bereich der industriellen Fertigung, im Automobilbau, in der Medizintechnik und in der Datenübertragung. Zur Sicherung und zum Ausbau der im internationalen Vergleich starken Position in Forschung und Entwicklung sind nationale Optik- und Nanotechnologie-Strategien zu entwickeln, die auch ein praktikables Markteinführungskonzept einschließen;

6. ein konsistentes neues Energieforschungsprogramm vorzulegen, das die Bereiche erneuerbare Energien, kohlenstoffbasierte Energien, Kernenergie und Fusionsenergie einschließlich der jeweiligen technischen Infrastruktur abdeckt. Alle technologischen Optionen in den Bereichen der Gewinnung von Energierohstoffen, der Energieerzeugung, der Energiespeicherung, des Energietransportes sowie des Energieverbrauches und der Beseitigung von Rückständen sind offen zu halten. Die Erforschung erneuerbarer Energien muss auf die Verbesserung der Einsatzmöglichkeiten durch die Verbesserung der Wirkungsgrade und besonders der Wirtschaftlichkeit von Anlagen zielen. Die Entwicklung und Einführung neuer energieeffizienter Technologien bei konventionellen und bei neu entwickelten bzw. zu entwickelnden Antriebssystemen wie auch bei alternativen Kraftstoffen sind wichtige Ansatzpunkte im Verkehrsbereich. Ein Forschungsschwerpunkt sollte auf die Abschätzung der Kosten und Potenziale des Aufbaues einer Wasserstoffinfrastruktur einschließlich der Wasserstoffherstellung, -verbreitung und -nutzung für einzelne Anwendungen gelegt werden;
7. die Verkehrsforschung zu verstärken und dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Entwicklung nachhaltiger Systeme der Verkehrslogistik zu legen;
8. sich aktiv an der Ausgestaltung und Umsetzung der zukünftigen europäischen Raumfahrtpolitik und -strategie zu beteiligen und vor allem das nationale Raumfahrtprogramm zu stärken, um die technologischen Kompetenzen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie zu sichern;
9. im Interesse Deutschlands die Entwicklung moderner Sicherheitstechnologien voranzutreiben und dabei auch zivile und militärische Entwicklungsanstrengungen sinnvoll zu verknüpfen;
10. sich klar zu Forschung und technologischer Entwicklung zu bekennen und eine konsistente innovationsförderliche Politik auch in den Bereichen Gentechnik, Kernkraft und Chemikalien zu betreiben;
11. eine verlässliche Informationspolitik im Bereich Forschung und Innovation zu gewährleisten und z. B. wieder jährlich einen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands vorzulegen. Wir müssen unsere Stärken und Schwächen sorgfältig analysieren, um in angemessener Weise politisch handlungsfähig sein zu können;
12. die Forschungs- und Technologiepolitik möglichst weitgehend in einem Innovationsressort zusammenzuführen und zu bündeln, damit Reibungsverluste in Zukunft vermieden werden und Innovationsstrategien durchgetragen werden können;
13. in Zusammenarbeit mit den Landesregierungen, der Wirtschaft, den Hochschulen, den Forschungseinrichtungen und den Wissenschaftsverbänden eine „Liste der 100 wichtigsten bürokratischen Innovationshindernisse“ zu erstellen und diese auch tatsächlich zu beseitigen;
14. ein Forschungs- und Innovationsprogramm zur Stärkung der Spitzentechnologien mit einem Volumen in Höhe von 5 Mrd. Euro in dem Zeitraum 2005 bis 2010 aufzulegen. Zur Finanzierung dieses Programms werden frei werdende Mittel aus der gezielten Kürzung von Subventionen in nicht mehr zukunftsfähige Technologien und Industrien eingesetzt. Hierzu gehören insbesondere die Mittel aus einer Halbierung der Steinkohleförderung auf 13 Mio. Tonnen bis zum Jahr 2010;

15. die Zuweisungen an die Forschungsorganisationen zwischen 2005 und 2010 verlässlich und angemessen zu erhöhen. Darüber hinaus muss der Bund in seiner Forschungsförderung für die Hochschulen auf die Vollkostenfinanzierung (Overhead/Forschungsprämie) übergehen und der Deutschen Forschungsgemeinschaft zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen für weitere Sonderforschungsbereiche, die sich mit zukunftssträchtigen Technologiefeldern befassen, und für Innovationsgruppen zur Stärkung von Hochschulen und Forschung in den neuen Ländern;
16. dazu beizutragen, dass sich die Verzahnung von universitärer und außer-universitärer Forschung umfassend verbessert;
17. die Gründung von längerfristigen, aber befristeten Forschungsverbänden zu unterstützen, in denen Wissenschaftler aus Hochschulen und Unternehmen zusammen an interdisziplinären Projekten aus speziellen Bereichen anwendungsnaher Forschung arbeiten. Durch die Bündelung des Forschungspotentials über die Hochschulgrenzen hinaus wird die Effizienz der Spitzenforschung gesteigert;
18. die Forschungs- und Technologieförderung für den Mittelstand verlässlich zu gestalten, insbesondere die industrielle Gemeinschaftsforschung zu stärken und im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit den Abfluss der in den Haushalt dafür eingestellten Mittel sicherzustellen;
19. die Bildung von Innovationsclustern zu einem Schwerpunkt der regionalen Wirtschaftsförderung zu machen;
20. die auf Forschung und Entwicklung abzielende Wirtschaftsförderung neu auszurichten. Fördermittel sollen grundsätzlich nur noch wettbewerblich und zeitlich begrenzt vergeben werden. Der Erfolg der geförderten Projekte soll unabhängig kontrolliert werden;
21. die Bildung internationaler wissenschaftlicher Netzwerke stärker als bisher zu initiieren und zu unterstützen, insbesondere durch eine unbürokratische Förderung des internationalen Austausches von Doktoranden und jungen Nachwuchswissenschaftlern;
22. sich dafür einzusetzen, dass das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU zukunftsfähig ausgestaltet wird entsprechend dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Bundestagsdrucksache 15/3807. Ziel ist eine vermehrte Teilnahme Deutschlands an europäischen Forschungsprogrammen. Den speziellen Interessen und Bedürfnissen des deutschen Mittelstandes ist bei der Ausgestaltung der Innovationsförderung der EU Rechnung zu tragen;
23. den Austausch hoch qualifizierter Fachkräfte zwischen Unternehmen sowie Hochschulen und Forschungsinstituten durch entsprechende arbeits- und beamtenrechtliche Regelungen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu erleichtern.

Berlin, den 8. März 2005

**Katherina Reiche**  
**Dr. Maria Böhmer**  
**Thomas Rachel**  
**Dr. Christoph Bergner**  
**Helge Braun**  
**Vera Dominke**  
**Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)**  
**Helmut Heiderich**  
**Volker Kauder**

**Michael Kretschmer**  
**Werner Lensing**  
**Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)**  
**Laurenz Meyer (Hamm)**  
**Bernward Müller (Gera)**  
**Dr. Norbert Röttgen**  
**Uwe Schummer**  
**Marion Seib**  
**Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion**





